

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

19. Woche für die Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1900.

Posen, den 7. Mai 1900.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 97 des Dziennik Poznański
vom 28. April 1900:

Betrifft die Konferenz des Kultusministers in Posen.

Als wir über die Konferenz berichteten, welche Herr Studt während seines Aufenthaltes in Posen am 11. April d. J. mit dem Oberpräsidenten und den Provinzial-Schulräthen abgehalten hat, hatte Jeder das Gefühl, daß dort über uns, ohne uns, aber gegen uns berathen wurde. Ueber den Zweck der Konferenz theilt die Preussische Lehrerzeitung, allerdings nur in Form von Muthmaßungen, die jedoch, wie sie selbst sagt, auf Wahrheit beruhen dürften, Folgendes mit: „Als mit der Wahrheit übereinstimmend wird angenommen, daß es sich in der Konferenz um die Unterrichtssprache bei Ertheilung des Religionsunterrichts an polnische Kinder gehandelt habe. Nach erfolgter Einverleibung der Vororte Jersitz, St. Lazarus und Wilda in die Stadt Posen wurde die Angelegenheit der Simultanschulen eine brennende. In den Simultanschulen der bisherigen Vororte wurde den polnischen Kindern der Religionsunterricht fast in allen Klassen in deutscher Sprache, dagegen in den Simultanschulen der alten Stadt Posen ausschließlich in polnischer Sprache erteilt. Indes ist in dieser Beziehung, und sei es nur mit Rücksicht auf den gleichen, in allen Elementarschulen Posens einzuführenden Schulplan eine Einheitlichkeit erforderlich. Welcher Beschluß in dieser Sache gefaßt worden ist, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Wenn jedoch wirklich darüber berathen worden ist, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß man sich für den deutschen Unterricht, namentlich in der Mittel- und Oberstufe, entschlossen hat. Es wäre dies eine äußerst große Errungenschaft für die Sache des Deutschthums bei den polnischen Kindern. Das bis jetzt bestehende Zugeständniß des fakultativen polnischen Lese- und Schreibunterrichts in der Mittelstufe würde sich dadurch ebenfalls erübrigen.“ (!!)

Solche Ansichten, Wünsche und Pläne werden von Leuten, die sich als „Pädagogen“ bezeichnen, geäußert. Im vorliegenden Falle geht es ihnen darum, die polnische Sprache vollständig, ja selbst das Wischen in der Schule zu beseitigen, welches der Vorgänger des Herrn Studt mit Rücksicht auf die religiöse Erziehung der polnischen Jugend in ihr belassen hat. Wir wollen nicht annehmen, Herr Studt werde sein Gewissen mit einem so großen

Unrecht belasten wollen, welches er dem ganzen künftigen polnischen Geschlechte dadurch zufügen würde, daß er ihm den polnischen Religionsunterricht und die Möglichkeit entziehen würde, die Anfangsgründe des polnischen Lese- und Schreibunterrichts in der Schule zu lernen. Dieses Unrecht würde einerseits eine schwere Verletzung der natürlichen Rechte der Polen, sowie der feierlichen Monarchenverheißungen, andererseits aber ein schändlicher, gegen die Idee des Fortschritts und der Zivilisation der ganzen Menschheit gerichteter Schlag ins Gesicht sein. — Auf diese wichtige Angelegenheit machen wir schon heute unsere Abgeordneten und auch die Kirchenbehörde aufmerksam.

Daß auf Anregung des früheren Posener Regierungs-Präsidenten v. Jagow, der unser erbitterter Gegner war, hiesige und Berliner „Macher“ schon längst an einer Reform, von welcher die Preussische Lehrer-Zeitung schreibt, arbeiten, ist ein öffentliches Geheimniß und deshalb müßten berufene Personen dieser Hinterkuliskenarbeit derjenigen amtlichen und nicht amtlichen Kreise, die ihre Befehle aus dem Bureau des Hakatevereins erhalten, entgegenarbeiten.

Aus Nr. 97 des Dziennik Kujawski
vom 1. Mai 1900:

Der Dziennik Kujawski giebt den Wortlaut des an die Posener Regierung jüngst gerichteten Erlasses des Herrn Kultusministers in Sachen der Volksschulen wieder und knüpft hieran folgende Bemerkungen:

Der Herr Minister treibt also — wie wir sehen — die Inspektoren und Lehrer zu noch intensiverer Germanisirung in den Schulen an, als dies bisher allgemein geschieht. Es entspricht dies ganz den einigemal im Landtage dargelegten Prinzipien des Herrn Studt. Unserer Ansicht nach verlangt der Herr Minister von den Lehrern und Kindern unmögliche Sachen. Wir sind auch heilig davon überzeugt, daß, wenn er, und wenn auch nur ein halbes Jahr lang, die Pflichten eines Dorfschullehrers an einer polnischen Schule übernähme, er sich hinlänglich davon überzeugen würde, daß selbst das frühere „Knien auf Erbsen“ den Kindern in der Schule mehr Nutzen gebracht hat, als der heutige Unterricht in der deutschen Sprache.

Polnische Eltern! je nachdrücklicher der Herr Minister die Germanisirung der Kinder in der Schule verlangt, desto energischer und standhafter lehret sie an der Hand eines Lehrbuchs zuhause polnisch lesen und

schreiben! Das ist euer Pflicht und hierüber werdet ihr einst vor Gott Rechenschaft ablegen müssen.

Aus Nr. 52 der Gazeta Ostrowska
vom 3. Mai 1900:

Die Gazeta Ostrowska bespricht den jüngsten Erlass des Herrn Kultusministers an die Posener Regierung in Sachen der Volksschulen und sagt u. A.:

Was soll man zu diesem Erlass sagen? Der Herr Minister weiß doch sehr gut, daß dieser „Anschauungsunterricht“ in den Schulen schon längst eingeführt ist, und ob die polnischen Kinder in der deutschen Sprache Fortschritte machen? Dies giebt der Herr Minister selbst zu und er beklagt die geringen Fortschritte. Werden die von den Schulinspektoren gezwungenen Lehrer in der Lage sein, bessere Resultate zu erzielen? Sie sind doch keine Zauberer, und es wäre doch ein reines Kunststück, wenn ein polnisches Kind, das nicht einmal die polnische Sprache richtig beherrscht, ein Kind mit schwachem und wenig entwickeltem Begriffsvermögen, auch nur mechanisch die deutsche Sprache beherrschen könnte. Wo bleibt hier die Psychologie, wo das Verständniß für den Geist und die Seele des Kindes?

Wir werden mit den Ministern niemals ins Reine kommen und deshalb müssen wir uns selbst Rath schaffen, damit unsere Kinder nicht ihr ganzes Leben lang Dummköpfe, geistig und im Herzen zurückbleiben. Unser einziger Schutz ist die Selbsthilfe: Lehren wir unsere Kinder selbst polnisch lesen und schreiben.

Aus Nr. 99 des Dziennik Poznański
vom 1. Mai 1900:

Die Gnesener Volksversammlung

soll ein Beweis dafür sein, daß die Polen die deutschen Katholiken unterdrücken. So schreibt heute die Posener Zeitung und tritt für die verletzten Rechte dieser Katholiken ein. Weshalb haben aber diese Katholiken sich nicht gemeldet, weshalb haben sie nicht einen gemeinschaftlichen Pilgergang veranstaltet? Niemand hätte sie ausgeschlossen. Und wie war denn die Sache auf dem Katholikentage in Reisse? Dort wurden die sich meldenden Polen über die Achsel angesehen. Hetzerei, nichts weiter!

In Nr. 100 des Gonic Wielkopolski vom 2. Mai d. Js. lesen wir über diesen Gegenstand noch Folgendes: „Die Posener Zeitung hegt die deutschen Katholiken in einer den Sachverhalt verätherisch und lügenhaft darstellenden Weise auf, als hätten die Polen den Deutschen dadurch ein Unrecht, daß sie sie zu der gemeinschaftlichen Arbeit des Jubiläums-Komitees nicht miteingeladen haben. Wenn aber die Deutschen von einer so großen Begeisterung für die Ehrung unserer alten historischen Andenken ergriffen waren, so konnten sie doch ein eigenes Komitee gründen, berathschlagen und zur besseren Uebersicht über die Sachlage den Redakteur der Posener Ztg. einladen, damit es keine „politische Mache“ werde, wie ihr Berichterstatter die Gnesener Jubiläumsfeier bezeichnet habe. Wenn der Redakteur der Posener Ztg. durchaus die großen Ereignisse aus der polnischen Geschichte ehren will, so möge

er dies offen erklären und wir werden daran denken und die Polen werden ihn vielleicht nach zehn Jahren — wenn auch nicht hier, so doch vielleicht in Krakau — wenn der 500 jährige Gedenktag der Schlacht bei Grunwald feierlich begangen wird, zur Theilnahme einladen. Vielleicht wird ihm dann, wenn er mit gehörigem Verständniß sich an der Feier betheiligt hat, ein Licht aufgehen und er wird begreifen, daß die Schicksale der Nationen veränderlich sind und daß Angesichts der höchsten göttlichen Schickungen die chauvinistische die dümmste und die Verfolgungssucht die elendste aller Eigenschaften ist. Das steht jedoch fest, daß, als Kaiser Otto III. nach Gnesen kam und unser Chrobry ihn gastfreundlich aufnahm, es sicherlich keinem der beiden Monarchen auch nur im Traume einfiel, daß es nach 900 Jahren eine so dumme Zeit geben, und es so von Dummheiten wimmeln würde, wie dies in der Posener Zeitung der Fall ist, so oft sie über die Polen berichtet.“

Aus Nr. 94 des Dziennik Kujawski
vom 27. April 1900:

Aus Labischin berichtet man uns, daß an die katholische Schule in Mamlitsch bei Bartschin, welche ausschließlich von katholischen Schülern besucht wird, jetzt ein evangelischer Lehrer, Namens Tschorner, gesandt worden ist. Wenn das richtig ist, müssen die dortigen Eltern dagegen sobald wie möglich energisch protestiren.

Aus Nr. 97 des Dziennik Kujawski
vom 1. Mai 1900:

Aus Fülehne über sandte irgend ein Hakatist dem Geselligen eine Korrespondenz, in welcher darüber Klage geführt wird, daß der Ortspfarrer gelegentlich des Begräbnisses eines Mitgliedes des Kriegervereins, diesem Verein das Betreten des Kirchhofes verboten hat. „Wir haben hier ein neues Rawitsch“ — ruft der Korrespondent aus. — „Ich frage, warum läßt die Regierung Geistliche im Amt, welche auf diese Weise das deutsche Empfinden verletzen? Wenn der Erzbischof sich mit solchen Geistlichen keinen Rath weiß, dann möge die Regierung die Regierungszulage entziehen u. s. w.“

Diese Klage enthält soviel Unsinn als Worte; trotzdem aber beweist sie, welche Begriffsverwirrung das unaufhörliche Hezen der hakatistischen Zeitungen gegen die Polen und die katholische Geistlichkeit zeitigt. Der Korrespondent scheint nicht zu wissen, daß alle katholischen Bischöfe, unter Anderen auch der Breslauer Fürstbischof, Kardinal Kopp, welcher doch wohl ein sehr loyaler Deutscher ist, angeordnet haben, daß Kriegervereine nur dann zur Theilnahme an Begräbnissen zugelassen werden dürfen, wenn sie den kirchlichen Zeremonien nicht hinderlich sind. Vollkommen richtig hat man in Fülehne den Kriegerverein deshalb außerhalb der Kirchhofsumwehrung gelassen, denn das katholische Begräbniszeremoniell läßt weder militärische Kommandos, noch das Schießen über dem Grabe zu. Was aber die Regierung anbetrifft, so hat sie Gott sei Dank noch nicht die Befugniß, Geistliche zu versetzen; die Regierungszulagen sind aber bei uns so selten und so gering, daß sie bei den Einkünften der Mehrzahl unserer Geistlichen absolut keine Rolle spielen. Wenn nun die Hakatisten bei jeder Gelegenheit an die

Staatsanwaltschaft appelliren, so bitten auch wir, ihrem Beispiel folgend, diese Behörde, sie möchte den dummen Winkelblättern nicht erlauben, auf diese Weise die breiten Massen der deutschen Bevölkerung zu bethören.

Aus Nr. 98 des Kuryer Poznański
vom 29. April 1900:

Betrifft die polnischen weiblichen höheren Lehranstalten.

Wir erfahren heut, daß der Herr Kultusminister der Danyssz'schen höheren Mädchenschule die Erlaubniß erteilt hat, die sogenannte „Selekta“, d. h. die Klasse, worin die Kandidatinnen für den Schuldienst an höheren Lehranstalten sich zum Examen vorbereiten, weiterzuführen, und zwar auf zwei Jahre. Wahrscheinlich hat sich der Herr Minister bei seiner Anwesenheit in Posen selbst von der Nothwendigkeit dieser Klasse überzeugt, und noch mehr mußte ihn das Ergebnis der Aufnahmeprüfung für das königliche Lehrerinnenseminar überzeugen, woselbst wegen Ueberfüllung von 58 Kandidatinnen nur 33 Aufnahme gefunden haben. Die Erlaubniß haben die ehrenwerthen Leiterinnen der Danyssz'schen Schule zwar erhalten, aber erst am zweiten Tage nach Beginn des Schuljahres, als die Schülerinnen nicht mehr in Posen waren. Sollte man in Berlin nicht gewußt haben, wann der Schulunterricht anfängt? Meinen die hohen Behörden, daß das Öffnen und Schließen einer Schulklasse ebenso leicht ist, als das Öffnen und Schließen einer Schublade? Es war doch klar, daß sich die Schülerinnen der Danyssz'schen Selektas, da sie sich in dieser Anstalt nicht zum Examen vorbereiten konnten, anders wohin melden würden, und in dem Augenblick, wo die Damen Danyssz die Erlaubniß zur Weiterführung der Selektas erhielten, empfingen die bisherigen Kandidatinnen nach Ablegung des Examins in anderen Anstalten dort schon den zweiten Tag Unterricht. Auch haben die Lehrer, nachdem sie vor den Ferien von der Schließung der Selektas in Kenntniß gesetzt waren, schon anderweitig über ihre Zeit verfügt.

Die derartig verspätet eingetroffene Erlaubniß können wir demnach auf keinen Fall als eine Befundung von Wohlwollen seitens des Herrn Ministers der polnischen und katholischen Bevölkerung gegenüber anerkennen. Schon die Kölnische und die Schlesische Volkszeitung gaben unsere Beschwerde über den Mangel eines katholischen Seminars für unsere Töchter wieder, denn diese Blätter begreifen wohl, daß es eines solchen Instituts bedarf. Alle Eltern, deren Töchter unter der vorzüglichen Leitung dieser Damen sich ausbildeten und ihre Erziehung genossen haben, empfinden das Fehlen der Selektas des Danyssz'schen Instituts schmerzlich. Im ganzen Großherzogthum und weit über die Grenzen desselben hinaus ist es bekannt, daß die Lehrerinnen, die sich in dieser Anstalt ausgebildet hatten, die glänzendsten Stellungen im Leben erhielten, ja, daß man sich direkt um Lehrerinnen aus der Danyssz'schen Anstalt riß. Ein Unrecht ist also unserer ganzen Volksgesamtheit zugefügt worden durch die Schließung dieser höchsten Klasse einer Anstalt, welche die ins Leben tretenden Lehrerinnen nicht nur mit Wissenschaften ausstattete, sondern auch deren Herz und Charakter ausbildete! Diesen achtbaren Damen, die unserer Gesamtheit so viel Generationen guter Erzieherinnen und Lehrerinnen lieferten, gebührt unter diesen schmerzlichen Umständen herzlichster

Dank für ihre mühevollen Thätigkeit seitens der gesamten Volksgemeinschaft, welche den Mangel an Lehrerinnen, die unter so edler und ehrenwerther Leitung ausgebildet wurden, tief empfindet.

Aus Nr. 95 des Kuryer Poznański
vom 26. April 1900:

Betrifft den polnischen Sprachunterricht.

Wir richten an unsere Abgeordneten, die sich seit gestern in Berlin befinden, die herzlichste und dringende Bitte, in dem Landtage den Herrn Minister zu fragen, auf Grund welchen Gesetzes von Ostern ab in den höheren weiblichen Schulanstalten der polnische Sprachunterricht nach der Norm der Elementarschulen eingeführt worden ist? Es ist doch klar wie die Sonne, daß der Unterricht, wenn die betreffende Schule eine höhere Lehranstalt ist, darin nicht in elementarer Form erteilt werden kann, denn das wäre eine Anomalie. Diese neue Verfügung hat die Gemüther der Eltern, welche ihre Kinder in eine höhere Schule schicken und keine elementare Ausbildung für sie haben wollen, sehr beunruhigt, und sie fühlen sich in ihren Rechten tief verletzt. Diese Vorschrift wird übrigens, wie wir schon vor einigen Tagen hervorhoben, dem polnischen Sprachunterricht keinen Abbruch thun; denn unsere Mütter haben so viel Pflichtgefühl, daß sie ihr Kind zu Hause mit voller Begeisterung die Muttersprache lehren und daß sie in den Herzen der Töchter, welche dieses Unterrichts in der Schule beraubt sind, desto heißere Liebe zu der Sprache wecken werden. Die polnische Sprache wird also keinen Schaden davontragen, aber in den Gemüthern der polnischen Eltern wird große Erbitterung zurückbleiben.

Neugierig sind wir, wie der Herr Minister diese Verquickung von höherem Schulunterricht mit elementarem in derselben Schulanstalt erklären wird. Die Bedeutung der Schule in Preußen wird leiden, und die Polinnen werden . . . desto bessere Polinnen sein.

Aus Nr. 94 des Oredownik
vom 25. April 1900:

Die Kümmernisse wegen der Posener Knaben-Mittelschule.

Die Unzufriedenheit der Eltern darüber, weil eine Menge Knaben wegen Platzmangels in der hiesigen Mittelschule keine Aufnahme gefunden hat, ist größer als wir annahmen, und diese Unzufriedenheit ist vollständig gerechtfertigt.

In dem diesjährigen Programm der Mittelschule steht ausdrücklich, daß neue Schüler am 19. d. M. um 11 Uhr Vormittags, aufgenommen werden würden. Viele Mütter machten sich mit ihren Söhnen rechtzeitig auf, ja, manche von ihnen stellten sich eine Stunde vorher in der Schule ein, um den Vorzug zu genießen. Man kann sich vorstellen, wie groß die Betrübnis der Eltern war, als sie aus dem Munde des Direktors erfuhren, daß alle Klassen bereits besetzt seien und daß die Schule keinen Schüler mehr aufnehmen könne.

Daraus ist zu ersehen, daß die Mittelschule für Knaben schon vor dem angesetzten Termin Schüler aufnimmt, und daß sie zu diesem Termin Niemanden mehr aufnimmt. Wenn die Sache so liegt, so müßte

der Magistrat die Bürgerschaft davon in Kenntniß setzen, damit sie wisse, wie sie sich einzurichten habe und damit sie nicht dem Uebelstand ausgesetzt werde, aus der Schule mit den Kindern unverrichteter Sache wieder fortgehen zu müssen.

Infolge der gegenwärtig in der Mittelschule für Knaben geübten Praxis sind manche Eltern, welche ihre Söhne in die Zahlschulen schicken wollen, dem ausgesetzt, daß sie ihre Söhne zu spät in der Bürgerschule anmeldeten. Von einer gewissen Seite her wird uns mitgeteilt, es sei dem Vater fast mißlungen, seinen Sohn in der Bürgerschule unterzubringen, denn es war nur noch ein Platz frei. Also auch die Bürgerschule ist überfüllt.

Manche Eltern waren über diese Verhältnisse dermaßen entrüstet, daß sie sich beschwerdeführend an den Oberbürgermeister, an den Kreis-Schulinspektor, ja sogar an die Regierung wenden wollten. Wir brauchen den Magistrat wohl nicht darauf aufmerksam zu machen, welche Unzufriedenheit das unter den Eltern hervorruft. Die Eltern zahlen in den Kommunal- zugleich Schulabgaben in der Ueberzeugung, daß die Stadt ihren Kindern auch eine entsprechende Bildungsmöglichkeit bieten werde. Wenn die Stadt Mittelschulen für Knaben und für Mädchen einrichtet, und die für die Knaben bestimmte Anstalt mit Beginn des neuen Schuljahres 80 Schüler zurückweisen muß, und zwar ungeachtet dessen, daß die Eltern das Schulgeld zahlen wollen, so ist das doch ein augenscheinlicher Beweis dafür, daß die Einrichtung der Mittelschule für Knaben den Bedürfnissen des Bürgerthums keineswegs entspricht und daß den Eltern keine Möglichkeit geboten ist, ihre Kinder so auszubilden, wie sie es möchten. Das sind geradezu unmögliche Verhältnisse, und sowohl der Magistrat als auch die Stadtverordnetenversammlung sollte diesem Mangel schnelligst abhelfen.

Wir glauben, daß es bei den jetzigen Verhältnissen nach der Eingemeindung der Vororte dem Magistrat schwer gewesen ist, entsprechende Privaträume zu beschaffen, in welchen jene 80 Knaben hätten untergebracht werden können, die man in der Mittelschule abgewiesen hat. Man theilt uns jedoch mit, daß die Eltern, welche ihre Söhne entweder in die Bürgerschule oder in eine Freischule geben mußten, sehr wünschen, daß der Magistrat trotz des begonnenen Schuljahres noch einmal versuche, entsprechende Lokale ausfindig zu machen und in sie diejenigen Kinder aufzunehmen, für welche die Eltern das Schulgeld der Mittelschule entrichten wollen. Das würde wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Eltern beruhigen; denn gegenwärtig bildet sich die Ueberzeugung heraus, daß es in Zukunft noch schlimmer sein werde, daß man in Posen Schulsteuern zahlen könne, während dagegen in die Zahlschulen nur diejenigen Eltern Zutritt haben, von denen der Schulleiter ein halbes oder ein ganzes Jahr im Voraus die Meldung entgegenzunehmen geruht.

Aus Westpreußen.

Extraausgabe der Gazeta Grudziadzka
vom 29. April 1900:

Der Verleger der Gazeta Grudziadzka,

Rulerski, theilt den Lesern seines Blattes mit, daß er sich an der polnischen Pilgerfahrt nach Rom, die am 7. ds. Mts. von Posen aufbricht, zu betheiligen

gedenke und daß er willens sei, dem Papst eine Mappe mit einer Huldigungsadresse folgenden Wortlauts zu überreichen:

„Heiliger Vater!

Wir unterzeichneten getreuen Söhne und Töchter der heiligen römisch-katholischen Kirche wagen es, an den Stufen Deines Thrones den Ausdruck der Huldigung, unbegrenzter Liebe und kindlichen Gehorsams niederzulegen. Als Nachkommen einer Nation, die Jahrhunderte hindurch mit ihrer Brust die gesammte Christenheit gegen die Einfälle der Heiden beschützt hat, geloben wir Dir feierlich, in dem Kampfe, welchen das Heidenthum der Neuzeit gegen unsere heilige Kirche führt, stets treu unter der Standarte Christi zu stehen und Dir, heiliger Vater, als Statthalter des Herrn Christus, dem sichtbaren Haupte seiner heil. Kirche lebenslängliche Treue zu bewahren. Indem wir Dir, heil. Vater, für die väterliche Liebe, mit welcher Du unsre unglückliche, unter der Last der Leiden fast erliegende Nation umgiebst, danken, schicken wir heiße Gebete zum Herrn der Heerschaaren, daß er Dich zum Ruhme seiner heil. Kirche und zum Nutzen aller Getreuen uns bei Gesundheit und Wohlergehen erhalte noch viele Jahre.

Graudenz, im Mai 1900.“

„Unter die oben angeführten Worte“ — so heißt es in der Gazeta Grudziadzka weiter — wollen wir die eigenhändigen Unterschriften aller Leser der Gazeta Grudziadzka und deren Familienmitglieder setzen. Auf diese Weise wird jeder von Euch, liebe Brüder, wenn auch nicht persönlich in Rom sein, so doch persönlich der Liebe Ausdruck verleihen können, welche wir katholische Polen alle dem über Alles geliebten heil. Vater Leo XIII. gegenüber hegen, und auf diese Weise werdet Ihr zum Theil wenigstens die Wünsche des heiligen Vaters erfüllen können, deren er mit den Worten Ausdruck verlieh: „Ich wünsche die Polen hier zu sehen!“ Zwar werdet Ihr nicht selbst in Rom sein, dafür werden aber Eure eigenhändigen Unterschriften in die Hände des heil. Vaters gelangen. Wir hoffen, daß dieser Gedanke Euch wahre Freude bereiten wird, und obwohl die Ausföhrung dieses Gedankens für uns mit großen Kosten verknüpft ist und uns ungeheure außergewöhnliche Mühe verursacht, so wollen wir die Kosten und Mühen doch gern auf uns nehmen, um Euch die Möglichkeit zu bieten, dem heil. Vater persönlich Eure Empfindungen auszudrücken und ihm Eure Wünsche darzubringen. Darum hoffen wir auch, daß sich unter unsern Lesern kein Einziger finden wird, der nicht wollte, daß seine eigenhändige Unterschrift in die Hände des heiligen Vaters gelange.“

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 90 des Dziennik Slaski
vom 21. April 1900:

Die polnische Sprache und die Straßenbahn.

Unsere gerechten Bemerkungen, daß es in den Straßenbahnwagen und an den Haltestellen keine polnischen Aufschriften gäbe und auch nicht alle Beamten der deutschen Sprache mächtig seien, obwohl wir uns hier auf polnischem Grund und Boden befänden und die Straßenbahn meist von

In Polen Geld verdienen, hatten die Kattowitzer deitung emport. Sie bezeichnet unsere Forderung als eine „polnische Frechheit!“

Unserer Ansicht nach ist es eine Frechheit seitens der Kattowitzer Zeitung, daß sie sich über unsere gerechtfertigten Forderungen empört. Möge sie nur in Erwägung ziehen, ob die polnische Bevölkerung für so viele hunderttausende von Mark nicht Rücksichtnahme und Gleichberechtigung verdient! Was würde wohl die Straßenbahn anfangen, wenn nicht die polnische Bevölkerung fahren wollte? Sie würde Bankrott machen, denn die Kattowitzer Zeitung und ihre Anhänger würden sie nicht halten können. Mögen sie sich nur bei der Direktion danach erkundigen! Möge die Kattowitzer Zeitung sich das nur überlegen, bescheidener und überzeugt sein, daß sie uns nicht einschüchtern wird, und wenn ihr Berichterstatter und Dolmetscher aus Brzezinka und Beuthen und das ganze kafatistische Bureau in Posen oder in Berlin täglich zehn oder gar hundert Artikel über polnische Frechheit schreiben.

Wir verlangen nicht weiter, als nur Gleichberechtigung. An die Beuthener Zeitung und an die Grenz-Zeitung wenden wir uns mit der gleichen Bitte, daß sie sich das gut überlegen möchten.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 98 des Dziennik Berliński
vom 1. Mai 1900:

Aus Anlaß der Reise des Kaisers Franz Josef nach Berlin weisen die deutschen Zeitungen darauf hin, daß der erhabene Gast nicht nur Kaiser von Oesterreich, sondern auch König von Ungarn ist, es müßten daher auch die ungarischen Farben grün-weiß-roth berücksichtigt werden. Wir würden den Rath ertheilen, Berlin auch in unseren Farben weiß-roth zu dekoriren, denn es ist doch Jedem bekannt, daß in der österreichisch-ungarischen Monarchie auch einige Millionen Polen leben, welche sich der Sympathie des Monarchen erfreuen.

Aus Nr. 97 des Dziennik Berliński
vom 29. April 1900:

In Bochum fand am vergangenen Sonntag eine Feier des 90jährigen Geburtstages des heiligen Vaters Leo XIII. statt, zu welcher die Landsleute aus allen Gegenden Westfalens und der Rheinprovinz erschienen waren. Die Gesangsvereine trugen schöne Lieder vor, und es wurden inhaltsreiche Reden gehalten. Die Versammelten erklärten sich damit einverstanden, ein Telegramm an den heiligen Vater abzuschicken, welches folgenden Wortlaut enthielt:

Heiliger Vater!

Die polnischen Katholiken, welche, um Arbeit zu finden, in deutsche Gegenden, den Westen des preussischen Staats, verzogen sind, halten, obwohl sie keine polnischen Geistlichen besitzen, welche mit der polnischen Sprache hinreichend vertraut sind, an dem Glauben ihrer Väter und an der Ergebenheit dem heiligen Stuhl gegenüber fest.

Von diesem Geiste befeelt, haben sie am heutigen Tage nach Bochum in Westfalen zahlreiche Delegirte aus der Diözese Baderborn, Münster und Köln zu der Jubelfeier entsandt und diesen aufge-

tragen, im Namen aller polnischen Arbeiter der genannten Diözesen Eurer Heiligkeit den Ausdruck der Verehrung, der Liebe und kindlichen Ergebenheit zu übermitteln. Indem wir uns dieser ehrenden Pflicht entledigen, geloben wir feierlichst für uns und unsre Brüder, mögen wir als Bergarbeiter in der Tiefe der Erde, oder in Fabriken und Werkstätten, oder auf dem Felde arbeiten, daß wir Alle, von Verehrung und Liebe zu dem Statthalter Christi durchdrungen, treu bis ans Grab unserm heiligen römisch-katholischen Glauben treu verbleiben und in diesen Grundsätzen unsere Kinder erziehen wollen. Wie unsere wehrhaften Väter mit der Waffe in der Hand und unter dem Absingen eines Liedes zu Ehren Gottes den Heiden Widerstand geleistet haben, welche das Christenthum bedroht haben, wie unser großer König Johann Sobieski mit demüthigem Gebet auf den Lippen die Feinde des heiligen Kreuzes zerschmettert hat, so bekämpfen auch wir polnische Arbeiter die neuzeitigen Heiden und werden diejenigen stets bekämpfen, welche uns unseres hl. Glaubens berauben wollten.

Heiliger Vater! Obwohl unsere Lage schwer ist, so werden wir uns trotzdem um alle Schätze der Welt uns unserer idealen Güter nicht entäußern, d. h. des Glaubens und der Sprache unsrer Väter. Als Polen, und gerade deshalb, weil wir Polen sind, deshalb, weil wir die römisch-katholische Kirche gleichzeitig für unsere nationale Kirche ansehen und den katholischen Glauben seit jeher den polnischen Glauben nennen, weshalb unsere Anhänglichkeit an die hl. römisch-katholische Kirche um so größer ist, ist uns die Liebe und Verehrung dem römischen Papste gegenüber angeboren.

Unser Lösungswort ist und bleibt: „Beim hl. Vater stehen wir und bei ihm wollen wir stehen bleiben!“

Das geloben wir und versprechen wir Euer Heiligkeit in dem Jubiläumsjahre, wobei wir in unterthänigster Weise um den Segen für uns und unsere Familien, sowie für unsere Brüder, in deren Namen wir sprechen, bitten.

Euer Heiligkeit ergebenste Diener, treue und unterthänigste Söhne.

Im Auftrage der Versammelten.

Das Komitee.

Bochum, den 22. April 1900.

Es wurde auch ein Telegramm nach Gnesen an die Jubiläumsversammlung entsandt.

Aus Nr. 49 des Wiarus Polski
vom 26. April 1900:

Die Oesterreicher und die Polizei.

Immer größere Schwierigkeiten bereitet die Polizei den polnischen Vereinen in der Fremde. Ein solches Stechen mit Nadeln ist jedoch nicht im Stande, die Polen von dem rechten Wege abzubringen, und trotz alledem werden diese danach trachten, ihre Vereine zur Entwicklung zu bringen.

Ist es denn nicht geradezu lächerlich, daß die Polizei z. B. dem Czestaw-Verein in Bulmke nicht erlaubt, zu Ostern das bekannte Theaterstück „Adam und Eva“ aufzuführen, durch welches doch nur die bloße Neugierde befriedigt wird? Müßten unsere Vereine nicht vielmehr deshalb unterstützt werden, weil sie in dieser Weise arbeiten? Aus Anlaß dieser ihm bereiteten Schwierigkeiten mußte sich der

Berein mit einem gemeinschaftlichen Osteressen zu Frieden geben, aber selbst zu diesem Essen erschien ein Polizeibeamter, wir wissen nicht, ob etwa dazu, um sich davon zu überzeugen, daß das Theaterstück nicht aufgeführt wird, oder, um auch darüber zu wachen, daß Niemand etwa zu viel Eier vertilgt und dadurch seiner Gesundheit Schaden zufügt. Letzteres könnte auch möglich sein, denn täglich können wir uns davon überzeugen, daß die preußische Polizei sich sogar darum zu bekümmern beginnt, was und wo die Polen speisen. Den besten Beweis hierfür liefert der Megidius-Berein in Gümrigfeld. Dieser Verein hatte für den ersten Osterfeiertag ein gemeinschaftliches Osteressen angekündigt. Sofort erschien bei dem Vorsitzenden ein Polizist aus Wattencheid und erklärte, daß der Vorsitzende aufs Polizeiamt kommen möge, denn er habe der Polizei nicht mitgeteilt, daß der Verein auf der gewöhnlichen Versammlung ein Osteressen unter sich zu theilen beabsichtige. Dieses polnische Osteressen muß doch in den Augen der Polizei etwas Schreckliches sein, weil die Organe der öffentlichen Sicherheit derartig mit Argusaugen darauf achten, wo und wann ein Verein ein solches veranstaltet. Der Vorsitzende begab sich also in Begleitung des Polizisten zur Polizei, und wohl mancher Passant mag wohl geglaubt haben, daß der Vorsitzende etwas verbrochen habe, während es sich doch nur um Osteier handelte. Wenn die Polizei die Polen nur einmal schon so sehr liebt, so wäre es doch wohl eigentlich recht und billig, daß sie im künftigen Jahre alle Eier, welche die Polen zum Osteressen kaufen, einer genauen Revision unterzieht, ob sie nicht etwa verdorben sind, vielleicht könnte sie das mit Hilfe der Röntgen-Strahlen thun, mittelst welcher man vielleicht auch erforschen könnte, ob im Innern der Eier nicht etwa irgend welche Gefahren für das deutsche „Waterland“ verborgen sind, z. B. Kriegsschiffe oder Rationen.

Endlich muß man fragen, ob denn die Polizei keine andere Beschäftigung hat, als die fortwährende Belästigung der Vorsitzenden der polnischen Vereine durch deren Vorladung ins Polizeibüreau?

Aus Nr. 50 des Wiarus Polski
vom 28. April 1900:

Die am vergangenen Sonntag Mittags 12 Uhr angekündigte polnische Versammlung in Bochum konnte erst Nachmittags abgehalten werden, denn die Polizei ließ die Veranstaltung der Versammlung Mittags nicht zu, wobei sie sich auf § 10 einer Polizeiverordnung vom 24. Juli 1897 berief. Soviel uns bekannt, ist diese Verordnung für die ganze Provinz erlassen worden, einige Polizeibehörden wenden dieselbe an, andere wieder nicht. Der Polizei in Bochum macht es natürlich Spaß, wenn sie irgend eine polnische Versammlung unmöglich machen kann, so hat sie auch die sich ihr bietende Gelegenheit mit großer Eifertigkeit benutzt.

Die Landsleute hatten sich sehr zahlreich zu der Versammlung eingefunden, da der Saal des Herrn Ballenhol völlig gefüllt war. Zu der Versammlung blieb jedoch infolge der Papstfeier nicht viel Zeit, infolgedessen schritt man nach Verlesung des Berichts über die Thätigkeit des „Verbandes der Polen“ auch gleich zur Wahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde Waclaw Juntowicz aus Essen berufen, im Uebrigen wurden die bisherigen

Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Nach einigen kurzen Ansprachen schloß der Vorsitzende der Versammlung Stanislaus Adamski dieselbe mit einem Kirchenliede.

Der Polizei ist es nicht genug, die polnischen Vereine zu beunruhigen, sie bereitet sogar der Geburtstagsfeier des Papstes Schwierigkeit. Es wurde ihr schon vor Ostern mitgeteilt, daß eine solche Feier stattfinden solle, und es wurden auch die Texte aller Lieder und Deklamationen, welche dort vorgetragen werden sollten, beigelegt. Die Polizei verlangte eine deutsche Uebersetzung, und da man diesem Verlangen nicht Folge leisten wollte, begnügte sie sich damit, daß ihr in einigen Worten der Inhalt eines jeden Liedes und einer jeden Deklamation mitgeteilt würde. Es schien, als ob Alles in Ordnung wäre; da ließ am Sonnabend vor der Feier Abends gegen 9 Uhr die Polizei die Aufforderung ergehen, ihr bis Sonntag früh 9 Uhr eine vollständige Uebersetzung aller Lieder und Deklamationen zu übersenden, widrigenfalls sie die Erlaubniß nicht erteilen würde, diese vorzutragen. Die Zeit war zu kurz, um gegen das Verlangen der Polizei etwas zu unternehmen, deshalb mußten wir nolens volens die ganze Nacht durch sitzen und übersetzen. Es genügt vollkommen, wenn man der Polizei den polnischen Text überreicht, und Sache der Polizei ist es dann, sich um die Uebersetzung zu bekümmern, es ist auch nicht einzusehen, wie die Polizei dazu kommt, im letzten Augenblick eine Uebersetzung zu verlangen. Die Feier überwachte endlich in Begleitung des städtischen Polizeikommissars der bekannte ergraute Polizeibeamte aus Dortmund, welcher als Dolmetscher fungierte und Wort für Wort die der Polizei eingereichte Uebersetzung verfolgte. Man kann sich das Verhalten der Polizei nicht anders erklären, als daß sie dem Komitee etwas zusetzen oder die Veranstaltung der Feier ganz verhindern wollte, was ihr aber nicht gelungen ist. Die Lieder und Deklamationen waren endlich derartig, daß die Polizei sich dieselben nicht einmal, sondern hundertmal übersetzen lassen kann, wenn es ihr Spaß macht und sie wird in ihnen doch nichts finden, was ein Grund wäre, zu verbieten, sie zu singen. Interessant ist auch, daß der Kommissar bei der Feier plötzlich an den Vorsitzenden der Feier herantrat und ihm eröffnete, daß das der Polizei eingereichte Programm nicht eingehalten worden sei, denn die Gesangsvereine wetteiferten um einen Preis. Der Vorsitzende war starr, als er von den Absichten hörte, die von dem scharfen Auge der Polizei entdeckt worden waren, und von welchen Niemand im entferntesten geträumt hatte. Was aber könnte es schließlich Jemandem schaden, wenn thatsächlich beim Gesange ein Wettstreit um einen Preis stattgefunden hätte? Hierdurch würden doch die Preußen nicht gleich zu Grunde gehen? Wir theilen das mit, denn daraus ersehen wir, was Alles die Preußen den Polen nicht gönnen.

Einige Kommissare und Polizisten drehten sich im Vorraume umher, wir brauchten jedoch gewiß erst gar nicht hinzuzufügen, daß ihnen nicht die geringste Veranlassung zum Einschreiten geboten wurde. Wir glauben, daß die Polizei in Zukunft weniger furchtsam sein wird, wenn die Polen eine ähnliche Feier noch einmal veranstalten sollten.

Aus Nr. 51 des Wiarus Polski

vom 1. Mai 1900:

„Jeder blamirt sich, so gut er kann!“

Es ist direkt lächerlich, was die Polizei mit den polnischen Vereinen anfängt. Einen schlagenden Beweis hierfür liefert Langendreer. Dort verbot die Polizei dem Verein „Jedność“, mit der Fahne an dem Kirchgang derjenigen Kinder, welche zum ersten Male zur heiligen Kommunion gingen, theilzunehmen. Erst nach langen Bemühungen gestattete die Polizei dem Verein, mit der Fahne theilzunehmen, aber sie verbot es strengstens, daß die Mitglieder ihre Brust mit Vereinsabzeichen schmückten. Wenn Jemand das hört, so glaubt er vielleicht, daß diese Zeichen die Farben roth-weiß tragen, welche, nebenbei gesagt, die Farben der Provinz Westfalen sind, aber wer so denken würde, würde sich sehr täuschen, denn wie wir uns mit unseren eigenen Augen überzeugt haben, sind diese Farben roth-grün. In Anbetracht eines solchen Verhaltens erinnern wir die hohe Polizei nur an das deutsche Sprichwort: „Jeder blamirt sich, wie er es versteht.“ Vielleicht schließt die Polizei von Langendreer dieses Sprichwort in ihr Herz, dann wird sie vielleicht in Zukunft Schritte vermeiden, durch welche sie sich nur in den Augen aller verständigen Leute lächerlich macht. Die Farben roth-weiß sind, wie wir bereits oben dargethan haben, die Farben von Westfalen; so werden auch bei jeder Gelegenheit Fahnen mit diesen Farben ausgehängt und die Mitglieder deutscher Vereine besitzen ebenso oft weiß-rothe Abzeichen. Wenn aber nun ein Pole einmal ein solches Abzeichen anlegt, dann ruft ihm die Polizei sofort zu, daß es nicht erlaubt sei, solche Abzeichen zu tragen. Vor Kurzem gingen einige Polen in einer Stadt die Straße entlang und trugen weiß-rothe Abzeichen. Sofort vertraten ihnen 2 Polizisten den Weg, welche ihnen erklärten, sie möchten die Abzeichen abnehmen, denn es sei nicht erlaubt, dieselben zu tragen. Die Polen erwiderten, daß sie auch ohne die Polizisten wüßten, was erlaubt sei und was nicht und die Polizisten würden gut daran thun, friedliche Leute nicht zu belästigen; dabei gingen sie ruhig weiter — und die Polizisten gingen auch ihre Wege.

Und angesichts einer solchen Behandlung haben die Preußen noch den Muth, zu behaupten, daß die Polen mit den Deutschen gleichberechtigt sind! Das ist eine schöne Gleichberechtigung.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 15 des Kraj

vom 14. (27.) April 1900:

Das deutsche Kaiserpaar

wird, wie alljährlich, sich am 8. Mai nach dem Schlosse Urville in Lothringen begeben. Am 16. Mai wird Kaiser Wilhelm im strengsten Inognito, unter dem Namen eines Grafen v. Cleve, nur in Begleitung von fünf Personen seiner Umgebung, mit dem Schnellzuge Paris besuchen. Die Kaiserin wird ihn nicht begleiten; ihre Abneigung gegen die Verderbniß des „Neuen Babylon“ und gegen die Unfittlichkeit der Pariser ist allgemein bekannt. . . . Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe besitzt auf den Elbsäisichen Feldern einen Palast, in dem sich gegenwärtig die Amtszimmer des deutschen General-

Kommissariats befinden. Graf v. Cleve wird wahrscheinlich dort Wohnung nehmen, wenn die Angaben der indiscreten Zeitungsberichterstatter auf Wahrheit beruhen.

Paris.

Stephan Krzyw.

Aus Nr. 15 des Kraj

vom 14. (27.) April 1900:

Audere Länder — andere Sitten.

In Berlin hat ein deutscher Künstler gegenüber einer frisch aus Sandstein erbauten Kirche sein Wohnhaus zu bauen angefangen. Wilhelm II. ließ den Künstler zu sich kommen, ließ sich die Baupläne vorlegen und bestimmte, daß sie einer vollständigen Aenderung unterworfen werden sollen; das Haus solle vier Mal so groß werden, solle nicht aus Ziegelsteinen, sondern aus Sandstein gebaut werden und den Charakter eines Monumentalbaues haben, andernfalls es nicht mit der prachtvollen Kirche harmoniren würde.

„Dazu fehlen mir die Mittel“ — bemerkte der Künstler.

„Wie viel fehlt Ihnen?“

„Mindestens 200 000 Mark.“

„Ich werde sie Ihnen aus meiner Kasse zahlen lassen, das Haus muß jedoch so sein, wie ich sagte.“

Der Künstler richtete sich nach dem hohen Auftrage und ließ das Haus dementsprechend bauen. Es stellte sich aber heraus, daß der Künstler dennoch Recht hatte. Das aus Sandstein erbaute Riesenhaus erdrückt, anstatt mit der Kirche zu harmoniren, diese mit seiner Schwerfälligkeit. Der Künstler hatte sogar doppelt Recht. Als das Haus nämlich fertig war, forderte ihn die kaiserliche Vermögensverwaltung zur Rückzahlung der ihm geliehenen 200 000 Mark auf und der Künstler machte Bankrott.

Aus Nr. 14 des Kraj

vom 7. (20.) April 1900:

Aus der Warthegegend.

Ein neuer Bürgerkrieg und seine zweifelhaften Erfolge.

Eine Schande ist es, darüber zu schreiben, was sich bei uns zuträgt. Gleichzeitig mit der drakonischen Unterdrückung, die wir seitens des amtlichen und nichtamtlichen Statismus erdulden, brach im Innern ein neuer, wüthender, fast verzweifelter Bürgerdienst aus. Diejenigen Elemente, welche bis jetzt gewöhnlich nur bei den Wahlen Zwietracht säeten, hielten jetzt auf wirthschaftlichem Gebiete die Kriegsfahne. Die vor den Wahlen herrschenden Uneinigkeiten machten uns nur lächerlich, stellten uns nur in der Meinung unserer Gegner bloß, die da nicht verstehen konnten, weshalb sich Parteien, die sämmtlich den Zweck haben, sich vor der deutschen Ueberschwemmung zu retten, bekämpfen.

Dieser politische Kampf brachte uns jedoch keine Verluste und realen Niederlagen, wie uns solche jetzt bedrohen. Der Kampf wurde anläßlich zweier gewerblicher Anstalten, und zwar der früher Herrn Cegielski gehörenden Fabrik und der Genossenschaftsbank entacht. An der Spitze der ersteren stand bis vor Kurzem der Abgeordnete St. Cegielski, welcher das von seinem Vater ererbte Unternehmen vor kaum einem halben Jahre in eine Aktiengesellschaft verwandelte. An der Spitze der Gesellschaft stehen unsere größten Industrie- und Finanzmänner, wie z. B.

Herr J. von Roscielski-Miloslaw, Zuckerfabrik-Direktor Balzyt-Kruschwitz u. A.

Einen bedeutenden Antheil an dem Aktienunternehmen hat natürlich der frühere Besitzer, dem sogar eine lebenslängliche Rente zugesichert wurde. Bekanntlich wollte eine deutsche Gesellschaft die Fabrik kaufen und hatte ihm viel mehr geboten, aber Herr Cegielski zog vor, weniger zu nehmen, wenn die Fabrik nur in polnischen Händen verbliebe. Die Fabrik war früher und ist bis auf den heutigen Tag noch finanziell von der Genossenschaftsbank abhängig, mit welcher Cegielski, mit Ausschluß aller anderen Anstalten, Geldverbindungen zu unterhalten verpflichtet ist. In Folge dieses Vorbehalts haben die Geschäftsbeträge zwischen der Bank und der Fabrik oftmals eine sehr bedeutende Höhe erreicht, dabei war der Fabrikbesitzer gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsraths der Bank, was allerdings den Verdacht wecken konnte, daß er mit seinem Einfluß sich den Kredit erleichtern.

Die Bank — unter der Leitung eines sehr geschickten Finanzmannes, Dr. Kusztelan, — hat im Laufe der Zeit ihren Geschäftsbetrieb dermaßen vergrößert, daß sie an eine Vermehrung ihres Anlagekapitals denken mußte, zumal die Depositen und das Wechselkonto mit jedem Tage wuchsen.

Die Verbandsbank ist ursprünglich von unseren Erwerbsgenossenschaften gegründet worden; sie haben hauptsächlich die Aktien angekauft, ihre Ersparnisse in der Bank niedergelegt und ihre Kreditbedürfnisse dort befriedigt. Als sich nun das Bedürfnis der Vermehrung des Anlagekapitals herausstellte, gab der an der Spitze des Verbandes stehende Patron der Erwerbsgenossenschaften den letzteren den Rath, neue Bankaktien anzukaufen. Gerade dieser Umstand gab die Veranlassung zu einem erbitterten Bürgerkriege.

Schon seit längerer Zeit sah man in einem Theile der Volkspresse mit neidischem Auge auf die große Cegielskische Fabrik. „Wie? — sagte man — die Cegielskische Fabrik hat sich des ganzen Anlagekapitals der Bank bemächtigt, und jetzt sollen die Genossenschaften neue Aktien zur Deckung der Fabrikschulden nehmen?“ Es wurde natürlich angenommen, die Fabrik entnehme Bankgelder ohne Rechnung, etwa in der Weise, wie es Gima und Szczepanowski gethan haben. Es stellte sich indeß heraus, daß sämtliche von der Fabrik entnommenen Bankgelder stets durch Wechsel der Fabrik oder sehr sichere Hypotheken, deren Liquidation höchstens ein Viertel oder ein halbes Jahr erforderten, gedeckt waren. Dafür erhielt aber die Bank von ihrem Fabrikkunden reichliche Zinsen, die auf die Höhe der Bankdividende von erheblichem Einfluß waren. Die Fabrik machte sich allerdings die Bankgelder zu Nuge, doch war dies keine Wohlthat, wenn die Bank in dem Fabrikbetriebe ihre Gelder unter sehr günstigen Verhältnissen unterbrachte. Namentlich hörte, nachdem die Fabrik sich in eine Aktiengesellschaft verwandelt hatte, jedes Risiko auf und selbst die Furchtsamsten konnten athmen. Es kam aber anders.

Anfangs gab sich unser größtes Volksorgan die Mühe, eine finanziellen Schreck einzujagen, als aber sein Ausfreten nicht den erwünschten Zweck erreichte, beriefen die Unzufriedenen eine vertrauliche Volksversammlung ein, in welcher beschlossen wurde, sich mit einer entsprechenden Kundgebung an das Volk zu wenden. Dieser Manifest unterschrieben vier Rechtsanwälte, darunter Herr Wyszyński-Strasburg, ein Schwager des Chefredakteurs des Drendownik, und Herr Cypicki, Rechtsanwalt aus Koschmin und Vorsitzender des ziemlich lebensunfähigen Verbandes polnischer Industrievereine. Der Erfolg war eine ähnliche Verwirrung, wie in Lemberg.

Aus der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften fing man an die Kapitalien zurückzuziehen und es sollen bis jetzt etwa eine Million zurück-

gezogen worden sein, die Bank mußte natürlich den Schuldnern ihre Guthaben sei es in Konto furant, sei es in Wechseln und Hypotheken kündigen. Um die beunruhigten Gemüther zu besänftigen, trat Herr Prälat Wawrzyniak mit einem offenen Briefe auf, auf welchen ihm in einer neuen Kundgebung Herr Wyszyński in einer so beleidigenden Weise antwortete, daß der Prälat Wawrzyniak sich genöthigt sah, ihn vor ein Ehrengericht zu fordern.

Es ist wohl anzunehmen, daß sich die Gesellschaft nach dem jetzigen Schreck, der jedoch bedeutende Verluste, namentlich für diejenigen, denen die Bank den Kredit gekündigt hat und dann auch für die Bank selbst und die Erwerbsgenossenschaften nach sich ziehen wird, bald beruhigen wird.

Die Cegielskische Fabrik soll auch die Absicht haben, ihr Verhältniß zu der Verbandsbank aufzugeben und ihre Geschäfte mit Berlin oder Hamburg zu machen. Es ist zu befürchten, der Gesellschaft könne sich wieder Gleichgiltigkeit bemächtigen, ehrliche und fähige Leute könnten sich von der gemeinsamen Arbeit, die sie immer häufigeren Angriffen aussetzt, zurückziehen.

Eine schwere Krisis machen wir durch. Möchte sie glücklich vorübergehen!

Modest.

Aus Nr. 80 der Nowa Reforma

vom 7. April 1900:

Posen, den 2. April.

Mangel an ländlichen Arbeitern. — Rußland droht mit der Grenzsperrre. — Bismarcks Kurzsichtigkeit. — Annäherung deutscher Agrarier. — Vertrauen auf eigene Kräfte.

Alljährlich wiederholen sich bei den Landwirthen die begründeten Klagen über den Arbeitermangel. Die Regierung giebt sich die größte Mühe, diesem Uebel abzuhelpen, doch scheinen alle Anstrengungen nach dieser Richtung hin vergeblich zu sein. Die großen deutschen Fabriken im Westen brauchen ein bedeutendes Kontingent an Arbeitskräften und bieten den aus unserer Gegend bezogenen Arbeitern hohe Löhne an. Die reichen Gutsbesitzer erhöhen denn auch ihrerseits die Löhne und trotzdem können sie die Arbeiter nicht halten. Und was sollen da erst die kleineren Besitzer machen, welche nur geringe Lohnaufbesserungen anbieten können? Ohne Erfolg waren alle Ministerkonferenzen, Beratungen der Landwirtschaftskammern und privaten Bemühungen der Gutslisten. Alles spricht dafür, daß, wenn auch die von den Behörden unterstützten Gutslisten tausende von Arbeitern aus Italien, Schweden, ja sogar aus China verschrieben, die Landwirthe ohne die Hilfe polnischer Arbeiter aus dem Königreich und Galizien sich nicht werden behelfen können.

Das Interessanteste dabei ist, daß bei all den Klagen und Beschwerden wegen des Arbeitermangels sich das Gerücht verbreitete, Rußland beabsichtige die Lage auszunutzen und drohe mit dem Erlaß eines Verbots gegen die Arbeiterauswanderung aus Rußland nach Preußen, um dadurch von Deutschland beim Abschluß der Handelsverträge Erleichterungen zu erzwingen. Dadurch in Schrecken versetzt, trösteten sich die Gutslisten damit, daß Rußland sich selbst dadurch schädigen würde, weil es nicht wissen würde, was es mit den vielen polnischen Arbeitern anfangen sollte, die jetzt außerhalb der Grenzen des eigenen Landes einen so guten Verdienst gefunden haben. Nein, meine Herren Gutslisten! Euer tröstendes

Argument hält die Kritik nicht aus. Wisset, daß sich in letzter Zeit in Rußland ebenfalls ein Mangel an intelligenten Arbeitern bemerkbar macht, und daß die russischen Grundbesitzer sowie die landwirthschaftlichen Blätter wiederholt schon das Verbot der Arbeiterauswanderung nach Preußen verlangten. Im Uebrigen aber würde die russische Regierung selbst vor rückwärtsloser Strenge nicht zurückschrecken, wenn sie mit Hilfe der Grenzsperrre für die Landarbeiter aus dem Königreich einen wirthschaftlichen Sieg über Deutschland in Bezug auf die Handelsverträge davontragen könnte.

In dieser Weise rächt sich die antipolnische Politik und verspottet Diejenigen, welche in ihr den letzten Ausdruck der germanisatorischen Weisheit erblickten und noch erblicken! Als Bismarck 40 000 Polen ausgewiesen hatte, wurde seiner Energie und politischen Entschlossenheit Beifall gezollt, die Wirklichkeit strafte sein Unternehmen Lügen; jetzt zeigt es sich nämlich, daß dieses Mittel lediglich politische Verblendung und Kurzsichtigkeit diktiert hatte. Heute verlangen die größten Polensfresser in den Ostmarken polnische Arbeitskräfte, doch ein um Arbeiter bittendes Rußland zu sehen — was würde das für ein großartiges Bild geben! Welche Ironie des Schicksals, welcher weltgeschichtliche Sarkasmus, wenn die preussische Regierung, nach Ausweisung so vieler polnischer Familien, von Rußland die Genehmigung zur Einwanderung polnischer Arbeiter erbetteln und dieselbe durch handelspolitische Konzessionen erkaufen müßte! In der Politik kommt ein solcher Hohn vor; doch der Rassenhaß macht gewöhnlich von derartigen geschichtlichen Lehren keinen Gebrauch.

Die Erfindung der unsinnigsten und verrücktesten germanisatorischen Einfälle geht nebenbei ihren eigenen Weg weiter. Die an solchen Ideen unerschöpfliche, antipolnische Tägliche Rundschau erfand ein neues verdeutschendes Mittel. Sie schlägt im vollen Ernst vor, die polnischen Soldaten, die die Amtssprache ungenügend beherrschten, sollten im Interesse des Heerdienstes länger als zwei Jahre dienen, namentlich aber so lange, bis sie eine „gehörige Geläufigkeit in der deutschen Sprache erlangten.“ Dies Alles soll natürlich die polnische Bevölkerung zu einer um so größeren Liebe zum preussischen Staate anspornen!

Und die Ansiedelungs-Kommission erst, die ruft Widerwillen und Entrüstung sogar unter den Deutschen hervor. Ich hatte vor Kurzem Gelegenheit, Bruchstücke aus dem Originalschriftwechsel zwischen dem Präsidenten der Ansiedelungs-Kommission, Herrn v. Wittenburg und den Ansiedlern und Kunden der Kommission zu lesen. Es war dies eine interessante

Sammlung, aus welcher der künftige Geschichtsschreiber der preussisch-polnischen Zustände mit vollen Händen schöpfen wird. Die Ansiedelungs-Kommission drängt den Ansiedlern Lieferanten und die ganze kaufmännische Kundschaft auf, führt Monopole bei bestimmten von ihr protegirten Versicherungsgesellschaften ein und einem Ansiedler, der sich von diesem Zwange freimachen wollte, drohte Herr Präsident von Wittenburg mit einer Konventionalstrafe in Höhe eines Zehntels der Jahresrente. Ein deutscher Publizist bezeichnete diese Zustände mit Recht als „ein Stück modernen Slaventhums.“ Es beklagen sich bereits gegen die Ansiedelungskommission die Kaufleute und Industriellen in den Provinzen Posen und Westpreußen, weil sie ihnen ihre Existenz untergräbt, es beklagen sich die Ansiedler selbst, jene „Pioniere des Deutschthums“ in unseren Gegenden, über das Slavenverhältniß, in welchem sie ihrer Wohltäterin, der Ansiedelungs-Kommission gegenüber bleiben, und dies Alles geht so „crescendo“, daß es mit der Zeit mehr dergleichen Beschwerden geben wird.

Wer hat also von der germanisatorischen Politik, die immerhin hunderte Millionen kostet, einen Nutzen? Am meisten die deutschen Gutsbesitzer, die Agharier, die sich einbilden, die einzigen Herren des Deutschen Reiches zu sein und indem sie sich eine Regierungspartei nennen, verlangen, daß die Regierung lediglich ein Organ ihrer Interessen sei; bei jeder Gelegenheit aber stellen sie der Regierungspolitik Hindernisse in den Weg, um dabei möglichst viel für sich herauszuschlagen. Durch deren Anmaßung erbittert, im eigenen Lager nicht sicher, muß die Regierung Bundesgenossen überal, ja selbst bei den Polen suchen, obgleich dies paradox klingt.

Binnen Kurzem wird man wohl, angesichts der schwierigen politischen Allgemeinlage, in Berlin mit der polnischen Fraktion zu Liebäugeln anfangen. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß dieselbe sich auf keine unsicheren Abmachungen einlassen wird, da sie sonst die Meinung des ganzen Landes bloßstellen würde. In unserer ganzen hiesigen Gesellschaft herrscht eine unveröhnliche, erbitterte Stimmung. Unsere Gegner haben dieses Gefühl selbst erzeugt und großgezogen und sie nähren es fortwährend mit neuen Mitteln. Wir lernten aber bereits, uns nur auf eigene Kräfte, auf unsere Arbeit auf gesellschaftlichem und wirthschaftlichem Gebiete, auf unsern Mittelstand und auf die Früchte der Arbeit unserer rührigen Vereine zu verlassen. Im Uebrigen warten wir ab. Es scheint wirklich, daß nach diesen Orgien des zügellosen Hakatismus endlich ein Nachgeben der germanisatorischen Sprungfedern erfolgen muß.

